

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

12. Juli 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/142

Bonn, den 12. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

"Koalitionsfriede" - auf Zeit

48

Die schwächste Regierung der  
Nachkriegszeit bleibt - vorläufig

2 - 4

Der Auslandsbericht:

Algerien nach dem Tag der Unabhängigkeit

93

Von unserem nach Algerien entsandten Korrespondenten  
Georg Scheuer

4

Sind Boulandpreise tabu?

38

Der Bodenwucher nimmt kein Ende

5 - 7

Die Vergesellschaftung der Grundwerte (I)

144

Sozialismus vorgestern und heute

Von Willi Eichler

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

\* \* \*

\* \*

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Koalitionsfriede" - auf Zeit

ler. - "Es wird keine Sensationen geben", hat Erich Mende, FDP-Vorsitzender, gesagt, als er zur "Friedenskonferenz" zu Bundeskanzler Adenauer ins Palais Schaumburg fuhr. Noch am Freitag letzter Woche liess er die deutsche Öffentlichkeit mit dem Donnerruf aufhorchen, die Belastungen in der Koalition seien unerträglich geworden und er werde die Regierung eher sprengen lassen, als weitere Demütigungen von seinem mächtigen Partner hinnehmen. Am Freitag Theaterdonner, am Mittwoch aber kam die Ernüchterung. Es konnte bei dem Treffen der Koalitionspartner am Mittwoch keine Sensationen geben, weil diese durch den Wahlausgang von Nordrhein-Westfalen vorweggenommen worden waren. Dieser Wahlausgang, der die Partei des Herrn Mende im Vergleich zu den Bundestagswahlen fast die Hälfte aller Stimmen kostete, der CDU den Verlust der absoluten Mehrheit im Landtag brachte und die Sozialdemokratie als Sieger eindeutig in Erscheinung treten liess, bleibt nun der bestimmende Faktor der deutschen Innenpolitik. Von ihm gehen die gegenwärtige Koalition tief berührende Wirkungen aus. Kein Partner kann sich ihnen entziehen, sie beeinflussen das Verhältnis zueinander. Die Kraft der FDP in dieser Koalition ist angeschlagen, ihr Selbstbewusstsein gebrochen.

Das zeigte sich schon recht offenkundig bei der besagten Friedenskonferenz. Die Unterhändler der FDP maseten sogar einen Bruch des von ihnen vor dem 8. Juli so oft zitierten Koalitionsabkommens hinnehmen, das einen stets wechselnden Vorsitz des Koalitionsausschusses vorsah; einmal sollte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ein andermal sein freidemokratisches Gegenstück präsidieren. Das geschah, um äusserlich den Charakter der Gleichwertigkeit und Unabhängigkeit beider Fraktionen vor dem Mann hervorzuheben, der die Richtlinien der Politik bestimmt. Nun wird Bundeskanzler Adenauer in den entscheidenden Sitzungen stets den Vorsitz führen - Herr Mende und seine Mannen dürfen nur zuhören - welche unerwartete Wirkung das 8. Juli.

Die Koalitionspartner haben sich viel vorgenommen, beide wollen nun Buße tun, die Koalition in loyaler Zusammenarbeit fortsetzen und die neu poliarten Vereinbarungen über eine Verbesserung des Zusammenwirkens von Kabinett und Koalitionsfraktionen besser einhalten. Alles gute und schöne Vorsätze - aber werden sie auch angesichts der Führungslosigkeit an der Spitze und der Spannungen innerhalb dieser Koalition Bestand haben? Dieses eine Jahr des vierten Kabinetts Adenauer gehört zu den traurigsten und deprimierendsten der jungen deutschen Parlamentsgeschichte. Ollenhauers in der Antwort auf die Regierungserklärung enthaltene Voraussage, diese unter peinlichen Umständen geborene Regierung würde die schwächste sein, die sich denken liess, hat sich bewahrheitet. Die im Palais Schaumburg abgehaltene Friedenskonferenz von Geschlagenen und Wortbrüchigen mag wohl für einige Zeit die Riess wieder zu verdecken, die sich, aller Welt sichtbar, in den letzten Monaten aufgetan haben, aber sie konnte nicht die Ursachen des permanenten Schwächezustandes dieser Regierung und der sie tragender Parteien beseitigen. Sie bleiben bestehen. Die Ablösung dieser Regierung durch andere, von ihrem Willen überzeugte Kräfte, die führen und regieren können, und die eine ungewisse Zukunft wieder in den Griff bekommen, bleibt auf der Tagesordnung der deutschen Innenpolitik.

### Algerien nach dem Tag der Unabhängigkeit

Von unserem nach Algerien entsandten Korrespondenten Georg Scheuer

Die OAS und harmlose Bürger prophezeiten, die Machtergreifung der FLN werde einem Blutbad gleichkommen, die algerischen Massen würden sich auf die Europäerviertel stürzen, Frauen und Kinder umbringen und alles dem Erdboden gleichmachen: "Eine Nacht der langen Messer, eine Bartholomäusnacht", siehe bevor.

#### "Vorbeugender" Terror

Mit dieser Greuelpropaganda "auf Vorschuss" wurden in den letzten Monaten die tatsächlichen Greuel der OAS gerechtfertigt: Die "vorbeugende" Bombardierung der Mohammedanerviertel durch Terrorabteilungen der OAS, die willkürliche Ermordung von arabischen Schuhputzern, Aufwärtinnen, Krämerfrauen und Obstverkäufern, die sich in das Europäerviertel wagten, um dort ihr Brot zu verdienen.

Die mohammedanische Bevölkerung Algiers und Orans wurde in den letzten Monaten dezimiert, in ein Ghetto gesperrt und ausgehungert. Heute kann man noch überall die Spuren dieser schrecklichen Wochen sehen, die von der Welt grösstenteils ignoriert wurden.

"Achtung, Seuchengefahr", "Morgen keine Brotverteilung", "Achtet auf Unterernährung und Krankheiten eurer Kleinkinder, meldet euch sofort beim nächsten Arzt", "Heute keine Milch": diese Mitteilungen kleben heute noch an den Hauseingängen der Araberviertel und zeugen von den Methoden der OAS, die auf diese Weise die Mehrheit des Landes in die Knie zwingen wollte.

Krankenhäuser wurden von OAS-Gruppen überfallen, wehrlose Menschen wurden in ihren Betten ermordet, Operationssäle gesprengt. Die arabische Bevölkerung sollte auf diese Weise zu einem Zornesausbruch gereizt werden, mit der Spekulation, dass ein allgemeines Massaker die Galgenfrist der Kolonialherrschaft verlängern werde.

#### Algerier liessen sich nicht herausfordern

Das algerische Volk liess sich nicht herausfordern und wahrte eine unglaubliche Ruhe und Disziplin. Umso grösser wurde aber die Angst der OAS vor der Abrechnung am Tag des Sieges der FLN. Ein Drittel der Algerienfranzosen hat in ausgesprochener Panik das Land verlassen und vorher noch die eigene Habe in sinnloser Zerstörungswut verbrannt. Die anderen erwarteten den 1. Juli mit Bangen. Viele stimmten "in Gottes Namen" für die unvermeidlich gewordene algerische Unabhängigkeit, um sich auf diese Weise "ein Alibi für alle Fälle" zu beschaffen. Fast alle befürchteten "das schlimmste".

#### Kein Hass auf Europäer

Über eine Woche ist nun vergangen, und keinem Europäer wurde ein Haar gekrümmt. Ich wandere seit einer Woche Tag und Nacht durch das brodelnde Algier und fahre durch das fiebernde Land. Jeder sieht, dass ich Europäer bin. Auf meiner Stirn steht nicht geschrieben, dass ich kein

Franzose bin. Überall sehe ich freundliche Gesichter und keine Spur von Rachegefühlen. Europäische Völker zeigten sich nach dem letzten Weltkrieg nicht so grossmütig und anständig wie nun das algerische Volk. Die einzige "Revanche", die ich feststellen konnte, ist die grün-weiße Nationalfahne auf den französischen Denkmälern und der Heidenkrack, den die Volksmenge in den ersten Tagen und Nächten auch in den Europäervierteln durch Rufen und Lachen, Singen und Tanzen entfesselte.

Dieser Aufwand an Lärm erklärt sich aus allzu langem Schweigen und tiefster Unterdrückung. Noch vor wenigen Wochen wurden Algerier, die sich in das Europäerviertel wagten, unbarbarisch niedergeschossen. Die Überlebenden ziehen jetzt stolz mit ihren Fahnen durch die berühmte Rue d'Isly, die Hochburg der OAS. Die algerischen Familien, Männer, Frauen und Kinder, befreiten sich in den ersten Stunden der Unabhängigkeit durch Sprechchöre und Freudentänze.

#### Unerhörte Energien schlummern im Volk

Wer in Algier das Unabhängigkeitsfest miterlebt hat, stellt sich die Frage: Wer waren die Besessenen, die diesem Volk seine nationale Eigenpersönlichkeit mit grausamer Gewalt vorenthalten oder überhaupt in Abrede stellen wollten? Heute anerkennt selbst ein Lagaillarde in seinem spanischen Exil, dass Algerien algerisch ist.

Während die Begeisterung der Volksmassen einen Höhepunkt erreicht, der für europäische Begriffe fast unvorstellbar ist, beraten die Chefs der FLN hinter verschlossenen Türen über die Zukunft des Landes.

Über die Ziele ist man sich weitgehend einig: Bekämpfung des unerhörten Elends, der Arbeitslosigkeit, der Wohnmisere, Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit in Stadt und Land; über die Wege und Mittel gibt es noch Diskussionen.

Es ist klar, dass sich die Algerier von den Überresten der OAS nicht mehr einschüchtern lassen. Ebenso gewiss ist, dass diese Menschen von ihrer Freiheit und Unabhängigkeit etwas erwarten, nämlich soziale Maßnahmen. Mit Fahnen und Gesängen werden sie sich auf die Dauer nicht zufriedengeben. Die neue Regierung scheint das gut zu wissen, wenn sie betont, dass "die Unabhängigkeit kein Selbstzweck" ist.

#### Gegensätze, aber keine "Kongolisierung"

In wenigen Wochen wählt Algerien seine erste Nationalversammlung. Bis dahin wird man wissen, wie weit die neue Republik ägyptischen oder tunesischen Beispielen folgt, sich auf eine Art Einheitspartei stützt oder eine parlamentarische Demokratie zulässt. Es könnte auch ein Kompromiss zwischen beiden Formeln sein.

Eine "Kongolisierung" scheint somit vermieden. Das heisst nicht, dass die inneren Gegensätze überwunden wären, sie könnten aber in demokratischer Form ausgetragen werden, ohne Gewaltanwendung.

Es ist kein Geheimnis, dass die Algerienfranzosen, die noch bis vor kurzen der OAS folgten, jetzt im Rahmen der algerischen Republik neue Hoffnungen hegen. "Ben Khedda und Ferres werden uns vielleicht zur Abwehr der linksradikalen Opposition Ben Bellas brauchen - sagen sie.

Aber diese Spekulation ist etwas primitiv.

Algerien braucht gewisse Fachleute, die das Land kennen und französisch sprechen. Französisch wird unvermeidlicherweise noch lange die Landessprache sein. Das heisst aber keineswegs, dass man Saboteure dulden wird. - Wenn die Algerienfranzosen Vernunft annehmen, können sie in diesem Land noch eine Rolle spielen, im allgemeinen Interesse und zum eigenen Nutzen. Wenn sie sich aber auf Intrigen und neue Provokationen einlassen, müsste die Algerische Republik auf ihre Hilfe verzichten. In diesem Fall wäre es nicht ausgeschlossen, dass Algerien von den rechtsradikalen Dummköpfen auf Abwege gedrängt wird, die man heute in Algier von vornherein vermeiden will.

+ + +

Sind Baulandpreise tabu?

sp - Die letzte grosse Bundestagsdebatte um die Bodenpreise ist leider und ganz zu Unrecht ziemlich sang- und klanglos über die Bühne gegangen. Ihre grosse Bedeutung im Rahmen der gesamten Preispolitik wurde nicht erkannt. Die beteiligten Kreise in der Regierung waren sicher froh, dass sie so glatt davongekommen sind. Welch ein Paradoxon: über ein paar Prozent Preissteigerung bei den Baupreisen oder um ein paar Mark Mehrkosten bei den Autos gab es viel Aufhebens, es wurden dagegen Gesetze gemacht und Ministerreden gehalten, aber nichts geschieht gegen die viel grösseren Preissteigerungen, die sich fortgesetzt in den Baulandpreisen vollziehen. Hier sind Steigerungen der Baulandpreise in den letzten zwei bis drei Jahren von 300 und mehr Prozent zu verzeichnen, also viel mehr, als die von den zuständigen Ministern so sehr attackierten Baupreissteigerungen oder die Erhöhung der Autopreise. Diese Preissteigerungen sollen dadurch nicht bagatellisiert werden, aber schliesslich treffen die Preissteigerungen der Autos eben nur die verhältnismässig wenigen glücklichen Käufer von Volkswagen, nicht die gesamte Volkswirtschaft, wie dies bei den Baulandpreisen der Fall ist.

Die Masse der Bausparrer und Bau- und Wohnungsinteressenten ist viel grösser als die Masse der Interessenten für ein neues Auto. Jede Steigerung der Baulandpreise geht volkswirtschaftlich in irgendeiner Form in andere Preissteigerungen ein, sei es in den Mieten der Geschäftsräume für den Einzelhandel, sei es in den Mieten für die Wohnungen derjenigen, die immer noch keine Wohnung haben. In irgendeiner Weise wälzt sich dies weiter, geht die Lebenshaltungskosten ein und belastet das gesamte volkswirtschaftliche Preisgebilde.

Es ist sicherlich richtig, dass die Regierung gegen jede Preissteigerung vorgeht oder vorzugehen versucht - leider tut sie es meist zu spät und ihr Versuch bleibt wirkungslos - aber es gehört zu den moralisch bedenklichsten Vorgängen in unserer Volkswirtschaft, dass gegen die grössten Preissteigerungen, nämlich gegen die Baulandpreise, nichts - oder, wie nachgewiesen wurde - nichts Wirksames unternommen wird. Sie werden wie gottgegebene Ereignisse hingenommen, so, als müsste es eben so sein.

Hier liegen Versäumnisse vor, die sich nicht nur in der gegenwärtigen konjunkturellen Lage, sondern im weiteren Verlauf unseres gesamten Preisgefüges und Geldwertentwicklung schwer rächen werden. Schlimm und tröstlos ist es, dass auch eine so ernste und von so viel Sachkunde getragene Debatte wie diejenige über die Baulandpreise vollkommen unbeachtet blieb und keinerlei Wirkung ausgelöst hat. Die Baulandpreise sind tabu, sie dürfen weiter steigen. Und sie werden es auch.

+ + +

- 5 -

## Die Vergesellschaftung der Grundwerte

Sozialismus vorgestern und heute

Von Willi Eichler

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Dieser Beitrag des Mitschöpfers des Godesberger Programms zum Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus ist der von ihm herausgegebenen Monatszeitschrift "Geist und Tat" entnommen.

Im November 1959 hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Bad Godesberg ihr neues Grundsatzprogramm beschlossen - und zwar nach jahrelanger, gründlicher und ausführlicher Diskussion. Die ablehnenden Stimmen, es waren 16 von 340 wandten sich im wesentlichen dagegen, daß, wie sie meinten, die öffentliche Kontrolle der wirtschaftlichen Machthaber zu wenig durch Gemeineigentum an bestimmten Produktionsmitteln unterbaut wird.

Über dieses Programm, wie über jedes Programm, läßt sich diskutieren. Aber die Vorbedingung dafür - wie für jede Diskussion über einen beliebigen Gegenstand - ist, daß dieser Gegenstand selber zunächst richtig dargestellt wird. Schon diese Minimalforderung vernachlässigt Wolfgang Aberdroth, der in seinem Beitrag zu einer "Bestandsaufnahme" +) schreibt:

"Das Grundsatzprogramm dieser Partei (der SPD) bekennt sich nunmehr statt zum Sozialismus zur "freien Unternehmer-Initiative" und zum "privaten Eigentum an Produktionsmitteln"; es hält den "freien Wettbewerb" der den Wirtschaftsprozess dirigierenden Unternehmer, nicht die gemeinschaftliche Beherrschung des Wirtschaftsprozesses durch die gemeinschaftlich Produzierenden, für das ideale System der Volkswirtschaft; die monopolistischen Tendenzen will es durch öffentliche Kontrolle am Machtmißbrauch hindern; die Kommandogewalt der Eigentümer der Produktionsmittel für die Arbeitnehmer, die grundsätzliche Regelung der Produktion durch das Profitmotiv statt durch Planung erscheinen ihm nicht mehr als Mißbrauch, sondern stillschweigend als durchaus legitim. Die Existenz dieser Probleme wird nicht mehr erwähnt."

### Totalitäre Zwergwirtschaft zerstört die Freiheit

Das Grundsatzprogramm von Godesberg sagt, hier gekürzt, wörtlich: "Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen ... Die Wirtschaft muß den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird. Eine solche Politik bedarf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des Nationalbudgets. Das Nationalbudget wird von Parlament beschlossen. ...

Der moderne Staat beeinflusst die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Auf-

+ ) "Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962"; 36 Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten. Verlag Kurt Desch, München 1962. 592 Seiten, 19.50 DM.

träge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen.

### Wettbewerb und Unternehmer-Initiative

Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter der Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie möglich - Planung soweit wie nötig!

Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft:

Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

### Zentrale einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik

Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleinere Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können.

Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung. ...

Die Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft, die sich am Bedarf und nicht am privaten Erwerbstreben orientieren, wirken preisregulierend und helfen dem Verbraucher. ...

Eine weitgehende Publizität muß der Öffentlichkeit Einblick in die Machtstruktur der Wirtschaft und in die Wirtschaftsgebarung der Unternehmen verschaffen, damit die öffentliche Meinung gegen Machtmißbrauch mobilisiert werden kann.

Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte.

### Gemeineigentum - legitime Form öffentlicher Kontrolle

Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde. In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren. Das zentrale Problem heißt

heute: Wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmässig und notwendig.

### Die Rolle der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften kämpfen um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit und um das Recht auf Mitbestimmung in wirtschaftlichen und sozialen Leben.

Sie kämpfen um grössere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses. ... Die Arbeiter und Angestellten, die den entscheidenden Beitrag zum Ergebnis der Wirtschaft leisten, sind bisher von einer wirklichen Mitbestimmung ausgeschlossen. Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muss aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden. Danach bleibt zu fragen: Welches Problem, das Abendroth sieht, "wird nicht mehr erwähnt"?

Nach dem Godesberger Programm ist der Sozialismus "die Aufgabe (für die Sozialisten), Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen (und zwar für alle Menschen), sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren". Die SPD "ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen".

Damit ist als Leitgedanke für eine sozialistische Ordnung nur aufgenommen, was den Sozialisten im Grunde immer vorgeschwebt hat, nämlich "die Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse" (Erfurter Programm von 1891).

Abendroth hat seinen Begriff vom Sozialismus völlig an der Vergesellschaftung der Produktionsmittel orientiert, an der "gemeinschaftlichen Beherrschung des Wirtschaftsprozesses durch die gemeinschaftlich Produzierenden". Das bleibt ihm natürlich unbenommen - nicht aber die Schlussfolgerung, wer anders denke, sei eben kein Sozialist mehr.

### Freie Entwicklung aller - Sinn des Sozialismus

Es ist zwar richtig, dass in sozialistischen Programmen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel immer als Forderung der Sozialisten erscheint, aber doch immer im Grunde verstanden als ein Mittel, als eine Organisationsform der Wirtschaft, in der Freiheit und Gerechtigkeit herrsche, weil in ihr der "gesellschaftlichen Produktion" die "gesellschaftliche Aneignung" entspreche (Karl Marx). Das geht schon aus dem "Kommunistischen Manifest" hervor, in dem es heisst: "Das Proletariat wird (nach der Revolution u.ä.) seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreissen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren."

Durch diese Umwandlung der "alten Produktionsverhältnisse" werden "die Klassen überhaupt und damit eine eigene Herrschaft als Klasse" aufgehoben. Aber der Sinn dieser Umwandlung ist offenbar: "An die Stelle der alten ökonomischen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Association, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Die freie Entwicklung aller, die die Freiheit des einzelnen voraussetzt, und zwar in einer sich industrialisierenden Gesellschaft, wird also hier als eigentlicher Sinn der Umwälzung, des Sozialismus, bezeichnet.

(wird fortgesetzt)